

Lokal verwurzelt

CES: Gemeinden soll in der Integration eine wichtigere Rolle zukommen

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Im Jahr 2011 wurde der Wirtschafts- und Sozialrat mit der Begutachtung des nationalen Aktionsplans für Integration und zur Bekämpfung von Diskriminierungen von 2010 bis 2014 beauftragt. Gestern hat das CES ihr Gutachten über die Integrationspolitik in Luxemburg vorgestellt und bei dieser Gelegenheit auch Empfehlungen für die Zukunft gemacht, wie der Präsident Gary Kneip betonte. Denn das Thema Integration sei ein ganz wichtiges für Luxemburg, so Kneip. Das wird auch durch die Momentaufnahme Luxemburgs deutlich: Rund 300.000 Luxemburger und 250.000 Nicht-Luxemburger im Land, 54,72 Prozent haben die luxemburgische Nationalität - inklusive diejenigen mit der doppelten Nationalität sowie ein Migrationssaldo von über 10.000 Menschen, von denen die meisten aus anderen EU-Staaten kommen. Nicht einigen konnten sich die Mitglieder des CES in der Frage des Ausländerwahlrechts.

Welche Empfehlungen hat der Wirtschafts- und Sozialrat nun formuliert? Zum einen schlägt der Rat die Abschaffung des interministeriellen Integrationskomitees vor. Stattdessen soll eine hohe Instanz eingesetzt werden, in der neben dem Patronat und den Gewerkschaften auch der Syvicol und die Akteure, die die Praxis kennen sowie der Integrationsminister selbst mit am Tisch sitzen. Insgesamt sei das Feedback aus verschiedenen Ministerien im Rahmen der von der Universität Luxemburg durchgeführten Interviews eher enttäuschend gewesen, hieß es gestern von Seiten des CES.

Integration als Prozess verstehen

Der nächste nationale Aktionsplan dann solle allen so genannten „Principes de base communs“ (PBC) gleiches Gewicht geben und dürfe nicht mehr zeitlich begrenzt sein. Denn Integration sei als ein Prozess zu ver-



Dem Referendum müsse eine große Informations- und Sensibilisierungskampagne vorausgehen, so der Wirtschafts- und Sozialrat

Foto: Hervé Montaigu

stehen, der so lange anhält, wie es Einwanderung gibt. Gleichzeitig soll sich der Aktionsplan auf den Aspekt der Integration konzentrieren und ein „Comité de pilotage“ eingesetzt werden, der die Integration im Blick behält. Die freiwilligen „contrats d'accueil et d'intégration“ sind in den Augen des CES wenig attraktiv und gehören abgeschafft. 2012 haben 970 von etwas mehr als 20.000 neu angekommenen Personen einen solchen Vertrag unterschrieben. Stattdessen soll die Rolle der Gemeinden beim „Accueil“ von Einwandern gestärkt werden. In den Gemeinden würde das Zusammenleben schließlich stattfinden. Die Gemeinden könnten sich für diese Aufgabe hier mit be-

stehenden oder noch zu schaffenden Vereinigungen zusammenschließen, regt der Rat an. Die ASTI, die bei dem vorliegenden Gutachten von einem „unverzichtbaren Instrument“ für die Gestaltung einer Integrationspolitik spricht, kann sich mit der Idee der gestärkten Gemeinden anfreunden.

Kritik gibt es von Seiten des CES am „Conseil national pour étrangers“ (CNE), was die Funktionsweise des beratenden Organs angeht. Es sei daher eher eine Kritik an der Politik, sagte Kneip. Mit einem Budget von 9.000 Euro jährlich, das zudem in der Vergangenheit immer wieder zurückgefahren worden, sei es allerdings auch schwierig, etwas zu bewegen. ●